

Die Intelligenz der Städte

Die Zukunft der Demokratie ist lokal und urban. Weltbürgermeister sind die neuen Glocalisten: Wie progressive Bürgermeister eine neue globale Zukunftspolitik erschaffen.

Von Daniel Dettling

Weltweit leben bald 80 Prozent der Bevölkerung in Ballungsgebieten. Die Metropolregionen können bereits heute politisch und wirtschaftlich mit einer Vielzahl von Nationalstaaten konkurrieren. So verfügt die Stadt New York mit mehr als 80 Milliarden Dollar über ein jährliches Budget, das über dem von 160 Ländern liegt. Die Bevölkerungszahlen von Megastädten wie Seoul und Tokio sind höher als die einiger Nationalstaaten. Die Einwohner der Städte identifizieren sich mehr mit ihnen oder ihrer Community als mit ihrer nationalen Herkunft.

Großstädte müssen die zentralen Probleme unserer Zeit lösen: Klima, Mobilität, Integration, Sicherheit und die Bedrohung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt durch den neuen Rechtspopulismus. Die Bürgermeister werden zu Akteuren der Zukunft. In den USA haben Bürgermeister für ihre Städte neue CO₂-Ziele gesetzt – gegen Trumps Klimapolitik. In Polen sind sie ein Bollwerk gegen die rechtspopulistische PiS. In Istanbul leistet ein Bürgermeister Widerstand gegen Staatspräsident Erdoğan.

Vor drei Jahren tagte zum ersten Mal das „Global Parliament of Mayors“, das heute mehr als 200 Millionen Menschen repräsentiert und vom 2017 verstorbenen amerikanischen Professor für Zivilgesellschaft, Benjamin R. Barber, initiiert wurde. Die Bürgermeister haben sich weltweit vernetzt und zusammengeschlossen (www.globalmayorsforum.org). Mit seinem Bestseller „If Mayors Ruled the World“ startete Barber einen neuen globalen Diskurs über die Zukunft der Demokratie. Zentraler Auslöser des globalen Parlaments der Bürgermeister war die gemeinsame Erkenntnis: Stadtpolitik ist effektiver und zukunftsorientierter als nationale Politik. Barber stellt in seinem Buch die Funktionalität des Nationalstaats als politische Einheit angesichts der Herausforderungen und Probleme einer globalisierten Welt infrage: Da sich Staaten durch ihre Grenzen definieren, sind sie nicht in der Lage, die globalen Probleme zu lösen, die keine Grenzen kennen. Städte haben im Unterschied zu Staaten einen anderen Begriff von Souveränität, in dem das Bestehen und Verstehen von wechselseitigen Abhängigkeiten im Mittelpunkt steht. Die Zukunft



Dr. Daniel Dettling ist Zukunftsforscher und leitet das Berliner Büro des Zukunftsinstituts.

der Demokratie ist lokal und urban. Die globalen Städte und Bürgermeister formen die soziale und ökologische Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts. Die Weltbürgermeister sind die neuen Glocalisten. Ihre Themen sind die großen Fragen unserer Zeit: Klimaschutz, Integration und Zusammenhalt, Kampf gegen Populismus, Demokratie, Gesundheit, Bildung und Mobilität.

Städte sind motivierter, globale Probleme zu lösen, weil sie schneller ihr Opfer werden können. Beispiel ist der Klimawandel. 80 Prozent der CO₂-Emissionen kommen aus den Städten. 90 Prozent der Städte weltweit liegen am Meer, an einem

See oder Fluss. Während die Klimapolitik auf nationaler Ebene meist ein Thema unter vielen ist, spielt sie sich in den Städten vor der eigenen Haustür ab. So ist dem Ausstieg der USA unter Donald Trump aus dem globalen Klimaabkommen von Paris keine einzige US-Stadt gefolgt. Viele Städte sind sich international bei Umwelt-, Wohnungs- und sozialen Fragen ähnlicher als die Städte in ihren Nationalstaaten. So haben sich die Bürgermeister von London, Paris, Los Angeles, Kopenhagen, Barcelona, Mexiko-Stadt und Mailand dazu verpflichtet, ab 2025 nur noch Elektrobusse zu kaufen. Bis 2030 wollen sie weitgehend emissionsfrei sein.

Als Donald Trump seinen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen damit begründete, er repräsentiere „Pittsburgh und nicht Paris“, reagierte **Bill Peduto**, Bürgermeister von Pittsburgh: „Pittsburgh steht an der Seite der Welt und wird die Kriterien des Pariser Abkommens einhalten.“ Seitdem gilt Peduto als prominenter Vertreter des lokalen Widerstands gegen Trumps Ausstieg.

Anne Hidalgo ist seit 2014 als erste Frau Bürgermeisterin von Paris. Die Sozialistin mit spanischer Herkunft verfolgt eine ökologische Agenda für die Hauptstadt Frankreichs. Paris soll sauberer und grüner werden – durch eine urbane Landwirtschaft und weniger Verkehr. Seit ihrem Amtsantritt wurden 20 000 Bäume gepflanzt und 40 Hektar neue Parks und Grünflächen angelegt: mehr Grün, weniger Abgase und mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer. Ihr Kurs gilt auch der Neuverteilung des öffentlichen Raumes. Geplant ist der Umbau der Ringautobahn zu einem Stadtboulevard in nur sechs Jahren. Autos mit Verbrennungsmotoren sollen nur noch eine Spur in der Metropole bekommen.

Mit drastischen Worten beschreibt der Bürgermeister von London, **Sadiq Khan**,

Hintergrund

Global Covenant of Mayors for Climate & Energy, der Konvent der Bürgermeister für Klima & Energie, ist der größte und wohl wichtigste Zusammenschluss von Städten. Er ging im Jahr 2016 aus zwei einzelnen Programmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen hervor. Inzwischen sind über 650 Städte Teil des Konvents, die fast eine halbe Milliarde Menschen repräsentieren. Mitglieder stellen einen konkreten Klimaschutz- und Energieplan auf.

100 Resilient Cities ist eine Initiative der Rockefeller-Stiftung. Teilnehmende Städte bekommen finanzielle Unterstützung und Beratung, wie sie ihre Städte widerstandsfähiger gegen Schocks (Erdbeben, Überschwemmungen, Feuer) und Stress (Lärm, Verkehr, Hitze) machen können.

C40 ist ein Forum, in dem sich ursprünglich 40 Metropolen weltweit über Energieeffizienz und Klimaschutzmaßnahmen austauschen können. Der Fokus liegt darauf, eine enge persönliche Zusammenarbeit und Begegnungen unter Beschäftigten von Städten zu ermöglichen.

Das **Transition-Town-Netzwerk** verfolgt einen Bottom-up-Ansatz: Das Netzwerk hilft kleinen Unternehmen und Initiativen dabei, eine lokale Wirtschaft aufzubauen, zum Beispiel durch lokale Währungen.

das Klima in der größten Stadt Westeuropas: „Die Luft in London ist ein Killer.“ Die schlechte Luftqualität sei heute das größte Umwelt- und Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung. Khans Ziel ist die allmähliche Verbannung des Autos aus der Innenstadt. Mehr als zwei Millionen Besitzer älterer Autos müssen pro Tag fast 14 Euro „Eintrittsgeld“ zahlen, wenn sie in die Innenstadt wollen – zusätzlich zur Innenstadtmaut von rund 13 Euro. Dafür wird der Schienen- und Radverkehr massiv ausgebaut.

Kopenhagen gilt seit Jahren als Fahrradhauptstadt und macht vor, wie neue Mobilität in den Ballungsgebieten gelingen kann. **Klaus Bondam**, früherer Bürgermeister für Technik und Umwelt und jetziger Direktor der dänischen Radfahrer-Föderation, hat diese verkehrspolitische Wende bereits im Jahr 2006 eingeleitet. Die dänische Hauptstadt hat seitdem mehr als 50 Millionen Euro in die Infrastruktur für Fahrräder investiert und den Autoverkehr in den vergangenen Jahren weitgehend reduziert. Mehr als die Hälfte der Stadtbewohner nutzt heute täglich das Fahrrad.

Städte für Integration und Sicherheit

Deutlich wird die neue Rolle der Städte neben der Klimafrage auch bei den Zukunftsthemen Integration und Sicherheit. 2017 wurde **Bart Somers** zum „besten Bürgermeister der Welt“ gewählt. Ein Jahr zuvor wurde die von ihm regierte Stadt Mechelen in die Top Ten „Europas Städte der Zukunft“ aufgenommen. Zu Recht: Der liberale Somers hat in der belgischen Stadt mit 86 000 Einwohnern aus mehr als 130 Nationen geschafft, was den meisten Städten mit sozialen Brennpunkten nur selten gelingt. Mit einem Mix aus „null Toleranz“ und unorthodoxen Integrationsideen hat er Mechelen zu einer der sichersten und saubersten Städte in Belgien gemacht. Mechelen wendet heute pro Kopf mehr als

andere Städte für Sicherheit auf. Somers kritisiert die ideologische Kurzsichtigkeit linker und rechter Politiker, die in Migranten nur Arme und Opfer sehen oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Diese Kurzsichtigkeit führe zu einer Sozialpolitik, die Armut zementiere, und zu einer gescheiterten Sicherheitspolitik.

Für eine starke Rolle der Städte gibt es Beispiele auch aus anderen Bereichen. Seit 2015 kämpft die erste Bürgermeisterin im Irak und die erste überhaupt in der arabischen Welt, **Thikra Alwash**, in Bagdad gegen die verbreitete Korruption und für mehr Vertrauen in Politik und Verwaltung. Seitdem rücken mehr Frauen in Führungspositionen auf. Während die jungen Männer im Krieg gefallen oder geflüchtet sind, haben die Frauen studiert.

Auf Bürgerbeteiligung, Digitalisierung und lokale Wirtschaft setzt die linke Bürgermeisterin von Barcelona **Ada Colau**, die im Juni 2019 wiedergewählt wurde. 40 000 Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Erstellung des Regierungsprogramms beteiligt – drei Viertel des Programms stammen von ihnen. Die Stadt zeigt, wie die technische Revolution einer Smart City die Demokratie revolutionieren kann. Barcelona setzt auf Infrastruktur und lokale Tech-Unternehmen. Die Daten gehören den Stadtbewohnern und sollen ausschließlich für soziale Zwecke genutzt werden. Entstanden sind so autofreie Stadtgebiete, neue Buslinien und ein städtisches Unternehmen für Solarenergie. 20 000 Häuser und alle öffentlichen Gebäude bekommen

Bei Integration und Sicherheit, Klimaschutz, Digitalisierung und Demokratie gehen Städte voran

von dort ihre Energie. Ganze Stadtbezirke sind heute für den Autoverkehr fast gesperrt. Maximal 10 km/h darf dort gefahren werden, Parken ist nicht erlaubt. Feste, Märkte und Veranstaltungen haben mehr Platz, die ökonomische Aktivität ist in den Bezirken gestiegen, Luftverschmutzung und Lärm sind dagegen gesunken.

Städte gegen neuen Autoritarismus

Während die Demokratie auf nationaler und supranationaler Ebene in der Krise steckt, gewinnt sie auf kommunaler und städtischer Ebene eine neue Vitalität. So trafen sich 2017 in Barcelona Bürgermeister und Stadträte aus Spanien, Griechenland, Chile, Indien, Brasilien und den USA, um „in Zeiten von Hass und autoritärer Regime für Menschenrechte, Demokratie und Gemeinwohl einzutreten“. Das Bündnis nennt sich „Fearless Cities“. Es beschreibt seine Ziele folgendermaßen: „Weltweit stehen Städte und Gemeinden auf, um Menschenrechte, Demokratie und das Gemeinwohl zu verteidigen. Der Gipfel der ‚Furchtlosen Städte‘ wird es den kommunalen Bewegungen ermöglichen, globale Netzwerke der Solidarität und der Hoffnung angesichts von Hass, Mauern und Grenzen aufzubauen.“

Furchtlos ist auch **Robert Biedron**, von 2014 bis 2018 Bürgermeister der polnischen Stadt Slupsk und Vorsitzender der von ihm im Februar 2019 gegründeten Partei Wiosna („Frühling“). Bei der Europawahl im Mai erreichte die Partei 6 Prozent. Biedron wurde direkt ins Europaparlament gewählt. Er ist der bekannteste offen homosexuell lebende Politiker in Polen; er will das Monopol der rechtspopulistischen Regierungspartei PiS brechen und das Erbe des Anfang 2019 ermordeten Danziger Bürgermeisters Pawel Adamowicz weiterführen.

Ekrem İmamoğlu hat in der Türkei in diesem Jahr ein politisches Wunder voll-

In den Städten wird die Zukunft entschieden. Das Regionale und das Lokale verschmelzen zum Glokalen

bracht. Vor 25 Jahren hatte es zuletzt ein Oppositionspolitiker geschafft, Bürgermeister von Istanbul zu werden. İmamoğlu setzt auf Versöhnung statt auf Polarisierung.

Akteure und Avantgardisten des Neuen und Kreativen sind pragmatische und nicht polarisierende Bürgermeister. Sie verstehen sich als politische Unternehmer, sind volksnah, lassen sich an ihren Taten messen und wirken über die eigene Stadt hinaus. Kreative Bürgermeister sind Beschleuniger und Agenten einer Revitalisierung der Demokratie durch neue politische Formate und Tools. Städte, die auf Beteiligung, Lebensqualität und Offenheit nach außen setzen, haben glücklichere Bürger, sind wirtschaftlich erfolgreicher und sozial innovativer.

In den Städten wird die Zukunft entschieden, das Regionale und das Globale verschmelzen zum Glokalen. Die Bürgermeister sind es, die Weltoffenheit und Ökologie machtpolitisch vor dem Neoliberalismus retten. Die neue „glokale Demokratie“ hat ihre Wurzeln in der antiken Demokratie und setzt wie diese auf Volksnähe und Demokratie von unten. Die neuen Governance-Themen wie Klimaschutz, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Diversität und Migration können nicht allein durch zentralstaatliches Handeln beantwortet werden. In den Kommunen existiert längst eine kollaborative und ko-kreative Praxis. Mit Erfolg. **IP**

Der Beitrag erscheint Anfang Dezember im neuen „Zukunftsreport 2020“ (www.zukunftsinstitut.de).